

# Der Maler

## Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 36, Alsterterrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Kollegen! Werbt unablässig neue Mitglieder! Sorgt für die Erhaltung und den Ausbau der tariflichen Rechte!

#### Vor einem ersten Winter.

Nur unverbesserliche Optimisten können den kommenden Monaten hoffnungsvoll entgegensehen, treten doch schon in Wochen die Zeichen einer schweren Wirtschaftskrise mit zunehmender Deutlichkeit hervor. Die Arbeitslosenziffern wachsen bedrückend an, bisher als sehr günstig angesehene Unternehmungen der verschiedensten Industrien stehen vor dem Bankrott, andere suchen sich durch die Fusion mit zunächst noch leistungsfähigeren zu retten. In die Zukunft ist lediglich das Zustandekommen des Vertrages von Locarno und der von uns schon längst angestrebte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Wird auf diesem seit Jahren eingeschlagenen, durch die Londoner Verhandlungen im Vorjahre schon ausgebauten Wege konsequent weiter fortgeschritten, so werden sich die wirtschaftlichen Beziehungen der durch den Krieg brutal auseinandergerissenen, trotzdem aber auf Gedeih und Verderb miteinander verbundenen Völker endlich wieder enger knüpfen lassen. Dann erst kann eine wirkliche Gesundung unserer allgemeinen Produktionsbedingungen und wirtschaftlichen Zustände eintreten. Die Feindschaft der Katastrophepolitiker von rechts und links gegen diese einzig in Interesse der breiten Volksmassen, ganz besonders auch Deutschlands, gelegenen Verständigungsbestrebungen beweist deren Richtigkeit; nur die gleichberechtigte Teilnahme aller Länder an der Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zustände der Welt wird aus dem jetzigen Elend herausführen.

Unser Beruf steht jetzt außerdem noch vor der alljährlichen um diese Zeit wiederkehrenden schlechten Saison. Allerdings hat sich hier bisher unsern Informationen nach die Arbeitslosigkeit noch nicht in größerem Maße ausgewirkt. In besonderes Kennzeichen ist deren Ungleichmäßigkeit. Während manche Orte schon recht hohe Arbeitslosenziffern melden, ist an andern fast noch alles voll beschäftigt. Und während hier fast nur die ungeübten Hilfsarbeiter entlassen wurden, bevorzugt man dort diese wieder wegen ihrer niedrigeren Entlohnung und jetzt die eigentlichen Facharbeiter auf die Straße. Für ältere Kollegen steht es fast allgemein schlimm; ein Grund mit, warum diese dann das Heer der Kleinmeister vermehren. Welchen Umfang die Arbeitslosigkeit demnächst noch annehmen wird, hängt natürlich zum größten Teil von den Witterungsverhältnissen in den nächsten Monaten und von dem Erfolg ab, den die wieder eingeleiteten Bestrebungen der beiderseitigen Organisationen für die Beschaffung von Winterarbeit haben.

Ueber die Aussichten unseres Berufes für das nächste Jahr läßt sich selbstverständlich jetzt noch nichts Bestimmtes sagen. Im allgemeinen sind wir aber an der rückläufigen Konjunktur nicht im ersten Linie interessiert, selbst wenn die Baulätigkeit aus bekannten Gründen nicht wesentlich gesteigert würde. Sind doch der unbedingt notwendig und ganz unaufschiebbar gewordenen Maler- und Anstreicherarbeiten so viele, daß noch auf Jahre hinaus, mit Ausnahme in den Wintermonaten, mit mangelnder Arbeitsgelegenheit kaum zu rechnen ist. Besonders auch deshalb nicht, weil die Zahl der in unserm Beruf beschäftigten Arbeitskräfte immer noch wesentlich geringer als vor dem Kriege ist, wobei wir allerdings beachten müssen, daß bei der Fortdauer oder gar der weiteren Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise eine Verstärkung des Zuguges angelesener oder früher schon angelesener Leute möglich ist. Ein Vorgang, der die Lage des Arbeitsmarktes für den ständigen Teil der Kollegenchaft verschlechtern würde.

Unter diesen Umständen können wir den nunmehr beginnenden Verhandlungen über einen neuen Reichsttarifvertrag zwar nicht etwa gleichgültig, so doch trotz alledem

ruhig entgegensehen. Natürlich mußte die plötzliche Kündigung des bisherigen, nun schon fast 4 Jahre laufenden Vertrages, noch dazu unmittelbar vor der ungünstigsten Jahreszeit, Mißtrauen und eine gewisse Besorgnis hervorgerufen; Gefühle, denen auch von unserer Organisationsvertretung entschieden Ausdruck gegeben wurde. Der Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeitgeber und unserer Kollegenchaft ist zu tief, so daß wir hinter der sehr eigenartigen Kündigung eines auf noch weitere Zeit verlängerten Vertrages die Absicht der einseitigen Schädigung unserer Interessen und der Verschlechterung der Lage der Gehilfenschaft vermuten mußten. Besonders angelehnt des jeder sozialen Regung baren Vorgehens des Unternehmertums der verschiedenen Industrien, die die schlechte Wirtschaftslage zu Vorstößen gegen den Achtstundentag, gegen menschenwürdige Löhne und bestehende soziale Bedingungen rücksichtslos zu nutzen sich bemühten. Inzwischen haben unsere Arbeitgeber feierlich erklären lassen, daß die verlangten Beratungen lediglich den Grund hätten, die schwierigen Verhandlungen über ein neues Tarifmuster in der stillen Jahreszeit zu Ende zu führen. Bis dahin bleiben das geltende Tarifmuster und das Lohnabkommen fortbestehen.

Es wäre müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, ob man Grund hat, diesen Versicherungen unbedingt zu glauben; denn das wird sich am besten und einwandfrei bei den Verhandlungen herausstellen. Allerdings zeigen die in Nummer 45 des „Maler“ von uns bekanntgegebenen Forderungen der Arbeitgeber, daß diese sich allerhand vorgenommen haben, und vielleicht ist die Annahme berechtigt, daß man unter andern Verhältnissen nicht so weit ausgeholt hätte. Denn daß wir unsere Hand nicht etwa zu einer Verschlechterung des seit Jahren geltenden Tarifvertrages reichen werden, wissen die kundigen Arbeitgeber sicher sehr gut, und daß zur Verwirklichung ihrer Wünsche auch nicht die ungünstige Jahreszeit ausschlaggebend sein wird, ist ebenfalls voranzusehen. Was aber wäre auch gewonnen, wenn man den nicht eintretenden Fall annehmen wollte, daß uns in einer recht ungünstigen Situation Zugeständnisse aufgezwungen würden? Dann würde doch beim Eintritt günstigerer Verhältnisse der Spieß ganz naturgemäß umgedreht werden, und man stände auf dem gleichen Fleck. Selbstverständlich ist kein Vertrag unabänderlich. Mindestens muß er veränderten Verhältnissen angepaßt werden, vor allem aber darf er dem natürlichen Fortschritt nicht hindernd im Wege stehen. Würde das eintreten, so würden ihm eines Tages die Vorbedingungen genommen sein und seine praktische Wirksamkeit würde sich also von selbst aufheben. Das wäre besonders der Fall, wenn gewisse Bedingungen im Widerspruch zu den praktischen Bedürfnissen des Berufes gerieten oder einen Teil der Gehilfenschaft — und zwar den wichtigsten — einseitig benachteiligten und ihn entweder in andere Gewerbe vertreiben, allgemein zum Selbständigwerden, mit oder ohne Gewerbebeschein, zwingen oder zu rationaler und qualitativer Arbeit unbrauchbar oder unwillig machen würden. Tatsächlich würde dies durch das Entgegenkommen auf die Forderungen der Arbeitgeber zu deren eigenen Schaden erreicht. Demgegenüber sind unsere Forderungen geboren aus tatsächlichen, praktischen Bedürfnissen oder aus dem Bestreben heraus, schon bestehende Bedingungen klarer zu formulieren und damit die bessere Durchführung des Vertrages möglich zu machen. Deshalb werden wir sie auch mit aller Energie verteidigen.

Betrachten wir noch kurz auch den Stand unseres Verbandes, so ist festzustellen, daß sich im Laufe des dritten Vierteljahres unsere Mitgliederzahl weiter — auf rund 44 000 — erhöht hat darunter auch die Zahl der organi-

sierten Lehrlinge. Erfreulich ist, daß ausweislich der Auflage unseres „Maler“ auch seit dem 1. Oktober, wie sonst alljährlich, noch kein Rückgang — eher ein weiterer Fortschritt — eingetreten ist. Die Bekanntgabe der Kündigung des Reichsttarifvertrages hat das Verjammerungsleben, die Agitation in Werkstattversammlungen und in den Wohnungen der Kollegen ganz außerordentlich belebt, und die Wiedereinführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung hat uns erneut viele während der Inflationszeit mutlos gewordene Kollegen, besonders aus den Reihen des alten Stammes, zugeführt. Damit ist auch die frühere Ordnung in der Beitragsleistung wieder eingezogen und die in Dresden beschlossene Höhe der Beiträge reiflos durchgeführt. Das erhöht auch unsere finanzielle Leistungsfähigkeit. Wir hoffen, darüber am Jahreschlusse günstiges berichten zu können.

Sind auch die Zeiten ernst, viel ernster sogar, als mancher Kollege es sich vorzustellen vermag, und stehen wir ferner vor wichtigen Tarifverhandlungen, so sind doch die Aussichten für unser Gewerbe nicht so bedenklich, als daß wir uns in der entsprechenden Vertretung der Interessen unserer Kollegen etwa beschränken müßten. Und die ständige Entwicklung und erneute innere Festigung unserer Organisation bietet uns die Gewähr, daß unsere Tätigkeit auch weiter von Erfolg sein wird.

#### Die Beweglichkeit der Arbeit.

Wir bringen den nachstehenden, in der Zeitschrift „The New Leader“ veröffentlichten Aufsatz des bekannten Führers der englischen Sozialisten G. D. Cole über ein Problem, das auch außerhalb Englands überall dort, wo Arbeitslosigkeit besteht, von aktueller Bedeutung ist. Cole will beweisen, daß eine Lösung innerhalb des Kapitalismus nicht gefunden werden kann. Nichtsdestoweniger hält auch er die sorgfältige Untersuchung aller Beschäftigungsmöglichkeiten auch innerhalb des Kapitalismus für notwendig. G. D. Cole.

Inwieweit kann die Arbeitslosigkeit vermindert werden durch Steigerung der Beweglichkeit der Arbeitskraft, mit andern Worten: durch Verjüngung von überflüssigen Arbeitern aus Betrieben, wo sie nicht gebraucht werden, in andere, in denen sie nutzbringend verwendet werden können? Diese Frage ist nicht so leicht zu beantworten; denn sie umschließt eine Menge verwickelter Probleme. Zum Beispiel der wesentlichste Punkt, den die Befürworter des Wohnungsbaues aus Stahl mit Lord Weir an der Spitze für ihre Pläne aufzuführen, ist, daß die Unterbringung von Arbeitern aus andern Berufsgruppen im Baugewerbe die Last der Arbeitslosigkeit verringern würde. Doch entstehen da sofort Schwierigkeiten. Zu welchen Löhnen sollen diese Leute arbeiten? Welche Sicherheit ist gegeben, daß sie bewohnbare Häuser herstellen werden? Und wie steht es mit den 75 000 Bau- und Konstruktionsarbeitern, die bereits jetzt arbeitslos sind? Diese Fragen erzwingen eingehende Beachtung. Wenn die Anhänger des Wohnungsbaues aus Stahl für „Beweglichkeit“ der Arbeit eintreten, so meinen sie im Grunde billige Arbeit. Sie wollen den von ihnen beschäftigten Leuten keine Bauarbeiterlöhne zahlen, obgleich dies ihre Arbeit auch nicht im geringsten „unbeweglicher“ machen würde. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird ein mobiler Haufen von Arbeitern, die für jede Arbeit zu haben sind, leicht dazu gebraucht werden, um allmählich Löhne und Arbeitsbedingungen in allen gelerntten Berufen herabzudrücken. Dies ist zweifellos der jetzt bestehenden ungerechten Ungleichheit der Löhne zuzuschreiben. Aber es ist ein ausreichender Grund für die Gewerkschaften, alle besonderen Pläne zu bekämpfen, die die Mobilisierung der Arbeit ohne bessere Sicherheiten, als sie unter der gegenwärtigen kapitalistischen Kontrolle heute im allgemeinen erreichbar sind, antreiben. Zweitens müssen wir uns hüten, minderwertige Produktion durch Einstellung ungelerner Kräfte in eine Arbeit, die Geschick und Kenntnis verlangt, zu begünstigen. Die Massenproduktion hat das Bedürfnis nach Fachkenntnissen beim Arbeiter nicht aufgehoben, wenn dieses auch in manchen Fällen eine andere Gestalt annahm. Die Stahlhausbauer haben sich

nicht dazu gedrängt, in den geplanten, von ungelerten Händen erbauten Häusern zu wohnen, die sie als so passend für die Armen ansehen. Drittens — und dies ist die größte Schwierigkeit — ist es unsinnig, Arbeiter aus einem Beruf, in dem kein Bedarf für ihre Arbeit besteht, in einen andern zu treiben — wo sie ebenjowenig gebraucht werden.

Unser Land ist zur Zeit überschwemmt mit arbeitslosen Bergarbeitern, Schiffbauern, Maschinenisten, Baumwoll- und Lederarbeitern. Ich wüßte tatsächlich nicht, mit welchem Top des Arbeitslosen — von einigen besonders hochspezialisierten Berufszweigen abgesehen — wir nicht überschwemmt sind. Wie können in der Wirklichkeit unsere arbeitslosen Bergarbeiter nicht in andern Erwerbszweigen unterbringen, weil alle Industrien sich mehr oder minder in der gleichen Lage befinden wie der Bergbau. Der Gedanke, Arbeitslosigkeit kurzerhand durch gesteigerte Beweglichkeit der Arbeit beheben zu wollen, ist Unsinn. Es handelt sich nicht darum, den Arbeitslosen auf freie Arbeitsstellen hinzuweisen — es muß die Nachfrage nach Arbeitskraft gehoben werden. Aber das hängt in erster Linie nicht von der Beweglichkeit der Arbeit ab, sondern von der Verteilung des Einkommens unter die Allgemeinheit und von der Grundlage, auf der die kapitalistischen Industrien betrieben werden.

Nichtsdestoweniger muß eine größere Beweglichkeit der Arbeit angestrebt werden. Selbst eine völlige Wiederherstellung des nationalen Wohlstandes würde nicht eine dem vorliegenden Angebot ganz entsprechende Neuverteilung der Nachfrage nach Arbeitskräften für die verschiedenen Berufszweige mit sich bringen. Ich zweifle daran, daß zum Beispiel wir jemals wieder alle unsere Bergarbeiter brauchen werden. Wir müssen andere Unterbringungsmöglichkeiten für sie suchen. Letzten Endes ist dies ein Problem der wissenschaftlichen industriellen Entwicklung und der geeigneten Verwertung der frisch von der Schule in die Industrie eintretenden jungen Arbeiter. Der gegenwärtige Zustand mancher Grubendörfer ohne ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit außerhalb der Grube mag günstig für die Grubenbesitzer sein, ist aber durchaus unwirtschaftlich vom nationalen Standpunkt aus. Er bewirkt eine Anziehung von Bergarbeiterkräften ohne Beweglichkeit selbst bei den jungen Leuten und den heranwachsenden. Da kann nur geholfen werden durch wissenschaftliche Untersuchung aller Möglichkeiten, andere Beschäftigungsarten außerhalb des Bergwerkes zu schaffen.

In Zukunft wird es, wie ich glaube, dazu kommen, daß es für jeden Arbeiter ganz selbstverständlich sein wird, mehr als ein Fach zu beherrschen und seinen Beruf je nach dem vorliegenden Bedarf und der eigenen Neigung zu wechseln. Ich bin überzeugt, daß wir unser Arbeitslosenproblem nicht eher richtig lösen werden, als bis wir viel mehr Arbeiter zu ausreichenden Löhnen auf dem Lande haben werden und noch mehr solche, die irgendwelche Arbeit in der Landwirtschaft mit Industriearbeit verbinden.

Aber können diese Dinge unter der Herrschaft des Kapitalismus durchgeführt werden? Aufrichtig gesagt, glaube ich es nicht. Die Grenzen, die die Gewerkschaftsbewegung der Mobilität der Arbeit zog, sind lebensnotwendige Verteilungsmaßnahmen für die Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung und können nicht aufgegeben werden, solange der Kapitalismus an der Herrschaft ist und Lohn und Arbeitsbedingungen bei den einzelnen Berufen ungleich und ungleich verteilt sind. Manche gewerkschaftliche Einschränkungen erscheinen vom Standpunkt der wissenschaftlichen Organisation der Industrie aus gesehen als Schädlichkeit; aber sie sind die unvermeidliche Antwort auf das unwissenschaftliche System der kapitalistischen Ausbeutung.

Daher werden wir nur dann wieder Arbeiter aufs Land hinaus bekommen, wenn wir Grund und Boden in Besitz der Allgemeinheit nehmen. Wir werden es nur dann erreichen, daß die Bergwerke richtig organisiert und die

Grubendörfer zum Mittelpunkt verschiedenartiger industrieller Unternehmungen werden, wenn wir die Bergwerke in den Besitz der Allgemeinheit überführen. Und vor allem — wir werden nur dann wirklichen Bedarf und Nachfrage nach Gütern erzeugen, der Arbeit für unsere ganze Volksgemeinschaft zuführen, und so die unproduktiven Ansprüche, die sich jetzt hemmend an die Räder der Industrie hängen, ausschalten. Mit andern Worten: Beweglichkeit der Arbeit wird kommen mit der Unterdrückung des Kapitalismus; denn die Gründe, die heutzutage die Arbeit lähmen, entstehen direkt aus dem kapitalistischen System.

Es ist nutzlos, zu versuchen, das Problem der Arbeitslosigkeit durch Steigerung der Beweglichkeit der Arbeit zu lösen; denn das schafft keine neue Nachfrage und hilft nur den Kapitalisten, den Lohnstandard der besser entlohten Berufe herabzudrücken. Was allein Zweck hat, ist: das System selbst, das vernünftige Beweglichkeit der Arbeit unmöglich macht, anzugreifen und zu überwinden. Welcher Sozialist würde wünschen, sein ganzes Leben lang nur eine Arbeit zu verrichten? Wir würden alle gern mindestens ein halbes Duzend von Berufszweigen erlernen. Und diese Anpassungsfähigkeit, die naturgemäß mit dem Ende des Kapitalismus kommen muß, wird das stärkste Bollwerk einer sozialistischen Gesellschaft sein.

### Genossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie.

Ueber Wirtschaftsdemokratie sind auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress und auf dem Heibergberger Parteitag der Sozialdemokratie programmatische Erklärungen und Erläuterungen abgegeben worden, die es rechtfertigen, daß der Begriff der wirtschaftlichen Demokratie, der nicht bloß ein neues Schlagwort sein soll, auch vom genossenschaftlichen Standpunkt aus beleuchtet wird.

Ganz mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Anteilnahme am Produktionsprozeß der Industrie durch Betriebsräte und die Erweiterung deren Rechte in den Betrieben zwar die Grundlage einer Betriebsdemokratie bilden, aber noch nicht Wirtschaftsdemokratie sind. Wirtschaftsdemokratie setzt den Allgemeinbesitz der Produktionsmittel voraus, und von diesem Gesichtspunkt aus gesehen formuliert der genossenschaftliche Hauptgedanke über die kommende Wirtschaftsdemokratie den Gedanken sehr glücklich, wenn er sagte, daß der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie gesteigert werden müsse durch das Einbringen in alle Wirtschaftskörper der Gemeinden und des Staates, sowie durch Stärkung des wirtschaftsdemokratischen Geistes und dadurch, daß wir mittels der Genossenschaften immer mehr Betriebe dem kapitalistischen Einfluß entziehen.

Diese Auffassungen, die ein politisches und wirtschaftliches Programm zugleich enthalten, wurden von dem Gewerkschaftskongress in einer Entschließung bekräftigt, deren achter Punkt fordert:

Planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.

In diesem Punkt kulminiert denn auch der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie, denn er enthält die Tatsache, daß Wirtschaftsdemokratie Betriebs- und Besitzdemokratie zugleich ist. Und welches Beispiel für die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Wirtschaftsdemokratie könnte besser gewählt werden als das der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion, die die Produktionsmittel im Besitz der Allgemeinheit zeigt, und die Betriebsdemokratie, das heißt Disposition und Kontrolle des Produktionsprozesses in Händen der genossenschaftlich organisierten Verbraucher.

Natürlich muß eine solche Produktion — nach Karl Marx — sich auf „nationaler Stufenleiter“ entwickeln, wenn sie die Sozialisierung der Gesellschaft werden und bedeuten

soll. Aber wenn Karl Marx schon im Jahre 1864 Ersten Internationalen Arbeiterkongress in Genf angefordert der englischen Genossenschaftsbewegung die These beizubilligen konnte:

Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte der Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, die auf Klassengegensätzen beruht. Ihr größter Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das Wohlstand erzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten,

so muß angesichts des heutigen Standes der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung in allen Ländern der Welt — Konsumgenossenschaften mit rund 25 Millionen Mitgliedern (Familien), Erzeugung und Verteilung von Milliarden an Gebrauchsgütern — die Genossenschaftsbewegung tragfähige und praktische Grundlage der von den Genossenschaften geforderten Wirtschaftsdemokratie anerkannt werden. Womit ein weiterer Schritt über Karl Marx hinaus gemacht ist. Und wenn der Referent des Heibergberger Parteitages bezüglich des neuen Programms nicht, indem die Hoffnungen äußerte, daß einer der nächsten Parteitage sich ausschließlich mit den Problemen des konstruktiven Sozialismus werde beschäftigen können, so werden Konsumgenossenschaften als Mittel zur Verwirklichung der praktischen Konzeption des Sozialismus, das heißt der Wirtschaftsdemokratie, die Konsumgenossenschaftliche Bewegung und ihre wirtschaftlichen Resultate stehen, die auf Güterverteilung und Gütererzeugung beruhen.

Die Erlämpfung der Wirtschaftsdemokratie im kapitalistischen Produktionsprozeß wird ein gewerkschaftlicher und politischer Kampf um die im Alleinbesitz der Unternehmer befindlichen Produktionsmittel sein — ein Kampf von unermesslichen Ausmaßen, der am Ende eines verlorenen Krieges Deutschland die Zertrümmerung der politischen Einheit Reiches bedeutet hätte —, als ein Postulat, das vor jeder politischen Gesinnungsgemeinschaft voraussetzt. Die Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist der organisierten Wirtschaftspraxis, die vor allem wirtschaftliche Gesinnungsgemeinschaft voraussetzt.

Weide aber, sowohl die gewerkschaftlich-politische als die wirtschaftspraktische Gesinnungsgemeinschaft, werden automatisch ergänzen, um auf verschiedenen Wegen Ziel — die Wirtschaftsdemokratie — zu erreichen.

Es darf deshalb, insbesondere nach dem Beschluß des Breslauer Gewerkschaftskongresses und den über die Wirtschaftsdemokratie sowohl in Breslau wie in Heiberg gehaltenen Vorträgen und Ausprüchen, kein Zweifel mehr über obwalten, daß für die Erreichung des Zieles die gesteigerte Entwicklung der genossenschaftlichen Eigenproduktion eine der wichtigsten Voraussetzungen ist.

Darunter versteht sich die vorbehaltslose Förderung der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung, die heute in Deutschland schon über 4 Millionen Familien als Mitglieder zählt. Diese Förderung darf nicht haken bei der Mitgliedschaft, sondern muß sich auswirken in den Tausenden von Verteilungsstellen der deutschen Konsumgenossenschaften, die willige Herzabe der Kaufkraft beim Umsatz durch die Stärkung der finanziellen Betriebsmittel der Genossenschaften. Denn dies sind die wirklichen Mittel und Wege der genossenschaftlichen Beiträge für die genossenschaftliche Wirtschaftsdemokratie.

Die Vorsicht geht zu leicht,  
Die Zuversicht zu fest;  
Vorsicht mit Zuversicht geeint  
Gelangt zum Zweck.

### Nie wieder . . .

Gram war der Tag, in Nebel gehüllt. Einen schmalen Pfad an der Eisenbahnstraße entlang schreitet eine junge Frau mit einem Esstisch am Arme. Sie strebt der großen Eisenbahnbrücke zu, an der ihr Mann, der Maler Fritz Bachmann, die Abrüstungsarbeiten für seinen Meister überwacht und leitet. Ihr Gesicht ist traurig und trüb wie der graue Herbsttag. Schon acht Wochen lang eilt sie jeden Tag hierher, aber noch nie so trüblich wie heute. Nacht es das Wetter nur, oder sind die Träume der letzten Nacht Schuld an ihrer Niedergeschlagenheit?

Küsterweise gelangt Frau Annchen an ihr Ziel. Aus schwindelnder Höhe grüßt sie ein freundliches „Hallo!“ Zwölf Uhr. Die Sirenen heulen. Vier Mann Leitern an der Eisenbahnbrücke herab, als erster Fritz Bachmann. Fröhlich begrüßt er seine Frau, betrachtet erstaunt ihr betrübtes Gesicht und fragt nach der Ursache.

„Ach, es ist nichts! Ich habe nur solche trübe Ahnungen, und die lassen mich nicht froh werden!“ Sie hat inzwischen das Kizabrot ausgepackt und Fritz Bachmann langt mit dem Appetit des hungrigen Arbeiters kräftig zu.

„Du, Fritz, der Betriebsmann war heute morgen da; ich habe alle lebenden Marken genommen.“

„Aber, Annchen, wie kannst Du das, da kommt Du ja nicht mit Deinem Gehaltsgehalte aus.“

„Ach, ich richt' mich schon ein; ich bin nicht zufrieden, wenn so etwas Notwendiges nicht in Ordnung ist; überhört ist, wo Du so in Lebensgefahr schwelst. Wenn wirklich was passiert, ist es doch eine Vorsicht, daß alles in Ordnung ist. Du weißt doch, wie wir im Falle der Not bei unsern Kindern die paar Mark vom Verbandsbeitrag sehr notwendig brauchen.“

„Nicht hast Du ja, aber ich bin so vorsichtig, daß nichts vorkommt. Wir wollen doch noch lange glücklich sein und hatten bisher so wenig von unserm Leben.“

Die Ringstraße ging ihrem Ende zu; Fritz Bachmann dachte sein Handeln an sich und versprach nochmals, recht vorsichtig zu sein. Frau Annchen merkte sich auf den Heimweg. Ein verträgliches „Hallo!“ kam ihr als Abschiedsgruß nach und sie wandte nochmals zurück.

Au diesem Tage wartete Frau Annchen vergeblich auf den Mann. Als sie nach Stunden langer Sorge fremde

Stimme im Hausflur hörte, eilte sie hinaus. Vier Kollegen trugen eine Bahre in ihr Zimmer und stellten sie stillschweigend nieder. Ein Blick, ein Aufschrei, und Frau Annchen brach ohnmächtig neben der Bahre zusammen. Während sich eine Nachbarsfrau der Ohnmächtigen annahm, erschien ein Arzt und ordnete die sofortige Überführung des Verunglückten ins Krankenhaus an. Es war noch Leben da. Schweigend wird die Anordnung ausgeführt.

Nach Tagen, als der Altweiberjommer nochmals ins Land kam, besuchte Frau Annchen ihren Mann im Krankenhaus. Zum ersten Male ward ihr gestattet, ihn zu sprechen. Es war ein hartes Ringen mit dem Tode gewesen, doch seine gesunde Natur hatte gesiegt. Er war gerettet, seiner Familie wie durch ein Wunder erhalten geblieben. Baghaft öffnet sie die Tür und leihe eilt sie zum Bette. Langsam öffnen sich seine Augen und sehen erstaunt auf seine Frau.

„Guten Tag, Fritz, geht's Dir besser?“

„Guten Tag, Annchen; bis Du mir wirklich nicht böse, daß ich Dir solchen Kummer machte? Hätte ich auf Dich gehört, wäre es nicht passiert.“

„Eh, Fritz, still davon, das ist ja nun vorbei.“

„Nein, Annchen, Du sollst wissen, wie es geschah. Sieh, unser Meister kam nach Dir zu uns und brachte einen Steinhäger mit, um uns zu stärken. Ich wußte, daß ich es nicht trinken sollte, aber ich konnte doch nicht nein sagen. Ein Glas holte das andere, und als ich runtersteigen wollte, kam das ekelhafte Schwindelgefühl. Ich machte einen Schritt, rutschte aus, fühlte nur noch einen großen Schmerz, und weiter weiß ich nichts mehr. Und nun läßt mir der Gedanke keine Ruhe, daß ich uns durch meine Schuld in Not und Sorgen gestürzt habe.“

„Ach Fritz, nun ist ja nichts mehr zu ändern, die Grippe ist, daß Du bei uns bleibst, das andere findet sich dann schon. Ich kriege Krankengeld und vom Verbandsbeitrag jetzt auch so viel, daß ich mich schon durchbeiß. Nur gut, daß Dein Buch in Ordnung war, sonst hätte es schlimm für uns werden können.“

„Ja, Annchen, Du hast recht! Wir wollen wieder hoffen auf bessere Zeiten.“

Dabei gab er seiner Frau das feste Versprechen in die Hand einzeln, sich selbst nie mehr von schwächlicher Rücksichtnahme leiten zu lassen und mit seinen Verbandsbeiträgen immer auf dem Laufenden zu sein.

### hunger.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit liegt wieder schredend über dem arbeitenden Volke. Gesunde Menschen, die zum Schaffen geboren, mit unaltermal verpflichtet ist, zu hungern. Nicht nur in dieser, immer wieder. Immer wieder gibt es Krisen, in denen sich der Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft so besonders deutlich offenbart. Zum Wesen des Kapitalismus gehört der Hunger. Und dann gibt es noch Menschen, die diesem teilnahmslos gegenüberstehen, die es in Seelenruhe mitansehen, wie ihre Mitmenschen darben, Kinder immer abgekehrter werden, wie gar Säuglinge immer mehr verfallen.

Welch wunderbare Einrichtung ist doch die Arbeitslosenunterstützung! Da kann der Philister doch stillfriede sein. Es ist ja nicht viel, das der Arbeitslose bekommt. Es reicht beim besten Willen nicht zum Überleben. Aber die Form ist erfüllt, und damit ist der Kapitalist gerettet. Mühte bei diesen Pharisäern nicht endlich ein das menschliche Gefühl aufschreien angesichts dieser genden Not? Mühte es sich nicht aufbäumen gegen wirtschaftliche Ordnung, die solche Unmenschlichkeit zuläßt? Aber ihre behagliche Zufriedenheit reißt sie weit hinaus aus dem Menschlichen, ja weit hinaus aus jedem warmen, lebendigen Gefühl, das selbst in der Tierwelt in solch bewundernswürdiger Tiefe vorhanden ist. Eine Umeise einer hungrigen Umeise des feillichen Baues die Nahrung verweigert, dann wird sie den eigenen Genossen getötet. Sie wird von ihren eigenen Genossen getötet, weil sie den Feind nicht gern liebt!

Aber Menschen lassen Menschen. Lassen Volksgenossen hungern, ohne auch nur eine Spur menschlichem Mitleid, ohne auch nur eine Spur Willens zur Beseitigung des Übels, das diese wirtschaftliche Ordnung von heute für die Welt bedeutet. So ließ diese auf die niedrigste Selbstsucht eingestellte Menschheit den Menschen sinken! Er ist so stolz und so heilig und so eingebildet — und so roh.

### Lackierer.

München. Unsere im November abgehaltene Sektionsversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Verordnung vom 12. Mai 1925, nach der bestimmte Berufskrankungen als Unfälle im Sinne der Reichsversicherungsordnung zu betrachten sind. Kollege Vollnast hielt einleitend ein Referat über die Verordnung vom 12. Mai 1925 und zeigte, wie wenig fest umrissen die einzelnen Bestimmungen sind, um auch in jedem Fall die berechtigten Ansprüche der Berufskranken zu sichern. Die Begriffsbestimmung für Unfälle erfolgt durch die Verordnung eine Änderung dadurch, daß die Unfallursache nicht mehr im Zeitraum eines Tages oder einer Woche liegen muß, sondern daß nun längere Zeiträume dazu notwendig sein dürfen, vorausgesetzt, daß die Verwendung des zur Erkrankung führenden Materials keine vorübergehende ist, sondern regelmäßig geschieht. Diese Bestimmung kann leicht dazu führen, Bleierkrankte als nicht unter die Verordnung fallend zu betrachten wenn sie nicht regelmäßig mit Bleiweißfarben arbeiten. Auch einige andere Bestimmungen leiden unter demselben Mangel an Klarheit, wie auch die Pflicht der Erkrankungsmeldung dem Arbeitgeber obliegt und sicherlich von diesem oft nicht getan wird, weil nach dessen Meinung keine Berufskrankung vorliegt. Die Verordnung, die gegenüber dem bisherigen Zustand wohl einen Fortschritt darstellt, muß doch wesentliche Erweiterungen erfahren, wenn sie wirklich im Schutze der Gesundheit unserer Kollegen dienen soll. Das Gut. aber, das die Verordnung uns jetzt schon bietet, muß restlos auszunutzt werden. Dem sachlichen und durchdachten Referat folgte eine gründliche Aussprache, bei der auf viele Mißstände in den Betrieben aufmerksam gemacht wurde. Die starke Beteiligung unserer weiblichen Mitglieder im Organisationsleben wurde bei der Versammlung gelobt und daran die Erwartung geknüpft, daß in Zukunft jeder Kollege seine Pflicht tun wird.

### Aus Unternehmerkreisen.

Starke Zunahme der Innungsorganisationen. Nach einer Statistik des Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstages hat in den letzten zwanzig Jahren die Zahl der Innungen sich nahezu verdoppelt; sie stieg von 1904 mit 229 auf 17 453 in diesem Jahre; besonders stark sind die Innungszunahmen angewachsen, die sich mehr als verdreifacht haben. Sie nahmen von 2988 auf 10 897 zu, während die Zahl der freien Innungen nur von 6848 auf 7066 zugenommen ist. Auch das Anwachsen der Mitgliederzahl der Innungen zeigt den steigenden Zusammenschluß der Handwerker zu Innungsverbänden. 1904 gehörten den Innungen 210 048, in diesem Jahre hingegen 666 782 Mitglieder an. Die Zahl der in freien Innungen Organisierten ist von 264 865 auf 243 508 angewachsen. War 1904 nur knapp die Hälfte, nämlich 46,7%, der organisierten Handwerker von den Innungen erfasst, so betrug die entsprechende Zahl in diesem Jahre 73,2%, also fast drei Viertel der in Innungsverbänden zusammengeschlossenen Handwerker.

Bekanntlich ist im Laufe dieses Jahres im Reichsministerium die Stelle eines Reichskommissars für das Handwerk geschaffen und mit dem Ministerialrat Dr. Hoppe besetzt worden. Seine dringendste Aufgabe ist die Schaffung einer Reichshandwerkerordnung sein. Steht dem Handwerk in seinen Innungen schon seit langem eine starke Schwäche zur Verfügung, so sollen in Zukunft an Stelle der freien Innungen einheitliche „Pflichtinnungen“ treten, die, wenn den Wünschen entsprochen wird, autoritativ zu Landesverbänden und einem Reichshandwerksverband zusammengefaßt werden sollen. Damit wird die ganz außerordentliche Bevorzugung des selbständigen Handwerkerstandes angestrebt, die im Kampfe zwischen Industrie und Handwerk dem letzteren im voraus besondere Rechte sichern soll. Abgesehen davon, daß von einer Gleichberechtigung der Arbeiterschaft bisher keine Rede sein konnte — stehen doch die Rechte der Gesellensauschüsse in den Innungen meist nur auf dem Papier — hat man es den Arbeitgeberkreisen immer außerordentlich gut ergangen, durch Personalunion in Innungen und Unternehmerverbänden das geringe Einspruchsrecht der Arbeiter fast ganz illusorisch zu machen. Mit dieser Praxis muß endlich gebrochen und den Arbeitern in allgemeinen Befragungen wie auch in allen Angelegenheiten des gewerblichen Nachwuchses, der Lehrlingsausbildung usw. durch die Berufsorganisationen bestimmender Einfluß gesichert werden. Woran das Handwerk krank, das ist seine Ueberladung mit Kleinmeistern und der Mangel an Absatzmöglichkeiten. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß die Industrie im Konkurrenzkampf schließlich siegreich bleiben wird. Die Industrie, nicht die Arbeiter, sind die Totenkühe des Kleinhandwerks. Deswegen richtet sich die Feindschaft der Handwerksmeister immer wieder gegen uns; wir haben deshalb alle Veranlassung, unsere Interessen bei der Neuorganisation des Handwerks energisch zu vertreten.

### Baugewerbliches.

Aus der Bauhüttenbewegung. In den sozialen Bauhütten waren im 3. Vierteljahr 1925 im Durchschnitt 269 Personen gegen 14 283 im Durchschnitt des ersten Jahres beschäftigt. Das zeugt von einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung, obwohl man dazu übergegangen ist, reinzette Betriebe, in denen eine erfolgversprechende Tätigkeit nicht gewährleistet erscheint, unrentabel zu liquidieren. Man ist sich in den für die Bauhüttenbewegung abgebenen Kreisen der großen Verantwortung durchaus bewußt. Geschäftspraxis und Finanzgebarung werden nach schlechten Grundlagen durchgeführt, in denen den Erfahrungen der letzten Jahre regelmäßig vergewisserten Wirtschaftsprüfungen und einer systematischen Betriebsberatung durch den Verband sozialer Baubetriebe weitaus Spielraum gegeben ist. Eine einheitliche Durchführung für alle dem Verband angeschlossenen Betriebe und monatliche Arbeits-

berichte sollen den Weg für gemeinsame Zusammenarbeit im Dienste einer höheren Wirtschaftsform ebnen. Diesen Ziele entspricht auch die in einer Sitzung des Rates und Aufsichtsrates und einer Gesellschafterversammlung des Verbandes sozialer Baubetriebe am 13. beziehungsweise 14. November in Berlin beschlossene Neuorganisation gemäß den Vorschlägen der Geschäftsleitung. Der vorgelegte Entwurf eines Gesellschaftsvertrages fand Annahme, demgemäß wurde den Richtlinien für die Beschäftigung technischer und kaufmännischer Angestellter in den sozialen Baubetrieben zugestimmt, die den zwischen den Arbeitergewerkschaften und dem Verband sozialer Baubetriebe getroffenen Abmachungen entsprechen. Als wichtigste Maßnahme darf wohl die Erhöhung des Stammkapitals des Verbandes sozialer Baubetriebe von 660 000 M auf 2 200 000 M bezeichnet werden, die es erst ermöglicht, den großen Aufgaben gerecht zu werden, deren Lösung vor dem profitillusternen privaten Baukapital und den auf

**Wer seine Ansicht mit andern Waffen als denen des Geistes verteidigt, von dem muß ich voraussetzen, daß ihm die Waffen des Geistes ausgegangen sind.**  
Bismarck.

kapitalistischer Grundlage aufgebauten privaten Baubetrieben nicht erwartet werden darf. Durch die Umwandlung in Gesellschaften mit beschränkter Haftung und der Gewerkschaftsorganisationen als Gesellschafter ist es auch ausgeschlossen, daß einzelne von den Arbeitern ins Leben gerufene Baubetriebe jemals den Weg kapitalistischer Entwicklung gehen können.

Feste tarifliche Vereinbarungen für das Baugewerbe bis zum 31. März 1926 sind durch Verhandlungen zwischen den Arbeitgeberverbänden für das Hoch- und Tiefbaugewerbe einerseits und dem Deutschen Baugewerksbund, dem Zentralverband der Zimmerer, dem Verband der Maschinenisten und Geiger und dem Christlichen Bauarbeiterverband andererseits am 26. November in Berlin abgeschlossen worden. Das Abkommen sieht vor, daß die zur Zeit geltenden Löhne und Arbeitszeit im gesamten Baugewerbe, die zum größten Teil auf bezirklichen Vereinbarungen beruhen, bis 31. März 1926 verlängert werden. Wo eine bestehende Vereinbarung nicht besteht, werden die jetzt geltenden Löhne tariflich anerkannt. Für die Dauer dieses Abkommens sind alle Differenzen um Lohn- oder Arbeitszeit den tariflichen Schlichtungsinstanzen zu unterbreiten. Bis diese eine Entscheidung herbeigeführt haben, müssen alle Kampfmaßnahmen beiderseits unterbleiben. Die Vertragsparteien werden gemeinsam die allgemeine Verbindlichkeit beantragen, so daß es sich der Form nach um den Abschluß eines vorläufigen Reichstarifvertrages handelt.

Diese Einigung ist um so bedeutungsvoller, als kurz vor dem Ausbruch der Krise von den Arbeitgeberverbänden die allgemeine Aussperrung angedroht war, die, wie erinnerlich, im letzten Moment noch vermieden werden konnte, aber nur für eine günstigere Zeit aufgeschoben war. Tatsächlich soll in Unternehmerkreisen der Gedanke einer Aussperrung für die Wintermonate ernsthaft erörtert worden sein, um die Arbeiter den Plänen eines Arbeitszeitbittakes gefügig zu machen. Der Termin für Verhandlungen um den neuen Reichstarifvertrag ist bereits in Aussicht genommen.

### Gewerkschaftliches.

Mangel an qualifizierten Facharbeitern ist eine in letzter Zeit von den Unternehmern, ihren Organisationen und in ihrer Presse immer wiederkehrende Klage. Zwar liegen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Tausende und aber Tausende leistungsfähiger Arbeitskräfte aller Berufe brach. Die Klagen werden aber in der Erwartung einer kommenden guten Konjunktur recht laut erhoben, und die Voraussetzungen gehen sogar so weit, daß schon heute das Wettrennen begonnen hat, um den Gehaltensausfall während der Kriegsjahre für die einzelnen Berufe dadurch weniger fühlbar zu machen, daß jeder Beruf schon jetzt eine möglichst große Anzahl von Lehrlingen zu sich zu ziehen versucht, obwohl der Ausfall an Geburten sich erst etwa von 1930 an für die produktive Gestaltung der Wirtschaft auswirken wird. Nun ist es eine unbestrittene Tatsache, daß der männermordende Krieg Hunderttausende, ja Millionen bestqualifizierter Arbeiter im besten Lebensalter aus dem Arbeitsprozeß gerissen und so einen tatsächlich fühlbaren Mangel erzeugt hat. Dann hat aber die verbesserte Tarif- und Lohnpolitik der Unternehmer in den Jahren nach dem Kriege dazu beigetragen, die Freude an der Erlernung eines Berufes und auch die Möglichkeit dazu gründlich zu untergraben. Mit einer Heuchelei ohne gleichen jammert man über die „hohe“ Entlohnung der ungelerten Arbeiter, obwohl doch feststeht, daß deren Bezahlung im Verhältnis zu den absoluten Notwendigkeiten des Lebens auf der denkbar niedrigsten Stufe, d. h. an der Grenze des Existenzminimums steht. Auch die Entlohnung der Facharbeiter ist unter Verdrückung der Tatsache einer mehrjährigen Lehrzeit und der für die weitere Ausbildung aufgewandten Zeit und oft großen Opfer viel zu gering. Die Ursachen sind also nicht in den „hohen“ Löhnen der Ungelernten, sondern in der unzureichenden Bezahlung hochqualifizierter Arbeitsleistung zu suchen. Sind vielleicht Familienväter auch bei bestem Willen mit ihrem unzureichenden Einkommen in der Lage, sich den Luxus erlauben zu können, den heranwachsenden Sohn oder die Tochter während mehrerer Jahre ihrer Entwicklung fast völlig zu erhalten? Der Lehrmeister ist, nicht selten durch den Einfluß der „Jungens“, bestrebt, zur Erlangung eines möglichst hohen Profits, die „Rohgeldebeschädigung“, denn von Lohn wollen die Herren schon der Konsequenzen halber nichts wissen, möglichst niedrig zu halten. Wenn man sich also berufen fühlt, über Mangel an leistungsfähigen Facharbeitern zu klagen, so gehe man den Grundursachen nach

und beseitige die Fehler. Die Ausbildung selbst ist ein weiteres Gebiet, und die Frage ist mit hochtönenden Worten und Richtlinien allein nicht zu lösen. Man muß mindestens auch danach handeln.

Einige Hundert Gewerkschaftsführer an die Laternenpfähle zu hängen, ist der fromme Wunsch des Herrn Generaldirektors Klein von der Holzgroßfirma Waghöfel in Mainz. Die Firma besitzt mehrere Sägewerke, darunter ein solches in Ritzingen am Main. In einer am 30. Oktober in München stattgefundenen Sitzung der Zentralschlichtungskommission für das bayerische Sägewerke sollte über die Forderungen der Sägewerksarbeiter in Ritzingen entschieden werden, die durch Versetzung in eine höhere Ortsklasse ihren Lohn um ein wenig steigern wollten. Dieses Verlangen, das in Monaten nicht soviel Mittel erfordert hätte, als die Reise des Herrn Generaldirektors, veranlaßte diesen zu den offenerzigen Äußerungen, daß die Revolutionserrungenschaften verschwinden müssen. Er meinte weiter: Der Unternehmer muß es in der Hand haben, so lange arbeiten zu lassen, wie er will, damit die Betriebe wieder rationell wirtschaften. Die Arbeiter müßten zufrieden sein mit dem Lohn, den ihnen der Unternehmer zahlt, die unzufriedenen Elemente müssen aus den Betrieben entfernt werden. Die Schuld an den unerfreulichen Zuständen tragen die Gewerkschaftsführer, die die zufriedenen Arbeiter aufheben. Solche Leute gehören an den Laternenpfahl. Es müssen einmal einige Hundert Gewerkschaftsführer an die Laternenpfähle gehängt werden, dann wird auch die Industrie nicht mehr durch die Forderungen der Arbeiter konnruht werden.

Wenn man auch den Erguß des „Generaldirektors“ auf die ermutigenden Wirkungen des Münchener Biers zurückzuführen geneigt ist, so darf man doch nicht übersehen, daß er nur das ausgesprochen hat, was noch viele seiner Kollegen denken. Nicht die bittere Not der Arbeiterschaft soll die Ursache von Lohnbewegungen sein, sondern nur die „hebräische“ Tätigkeit der Gewerkschaftsführer. Die Ausführungen des Herrn Generaldirektors waren den übrigen Unternehmervertretern denn auch sehr unangenehm und der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes rückte im weiteren Verlauf der Verhandlungen entschieden davon ab, da der Vorsitzende der Zentralschlichtungskommission die rechnerische Kraftleistung ernstlich gerügt hatte. Man stelle sich aber das Geschrei der Unternehmer nach dem Staatsanwalt vor, wenn ein Arbeitervertreter sich in so roher und hynischer Weise geäußert hätte.

### Sozialpolitisches.

4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt. Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums sind bis zum September rund 4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Das ist ein schöner Erfolg sowohl der Arbeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die diese Bestimmungen in das Gesetz brachte, als auch der Mitarbeit der Funktionäre, die es übernommen haben, den Steuerpflichtigen beim Stellen der Anträge behilflich zu sein.

Gleichwohl ist die Summe der Erstattungen, gemessen an dem gewaltigen Aufkommen der Lohnsteuer, noch verhältnismäßig klein. Wenn bisher nicht mehr erstattet worden ist, so liegt das einmal daran, daß noch immer bei weitem nicht alle Steuerpflichtigen von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben. Sodann sind aber vor allem die Erstattungen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse neben den Erstattungen infolge Verdienstausfalls nicht genügend berücksichtigt worden. Gerade aus diesen Erstattungen lassen sich aber noch große Summen herausholen, und gerade hierfür bedarf es der weiteren Mitarbeit aller Funktionäre, weil es hier noch mehr darauf ankommt, daß im Antrag die Notlage des einzelnen Falles besonders eindringlich geschildert wird. Da die Frist für diese Anträge ebenfalls mit dem 31. Dezember abläuft, müssen die nächsten Wochen ausgenutzt werden. Wo die Zeit nicht ausreicht, um die Belege zu beschaffen, empfiehlt es sich, die Anträge zunächst ohne die Belege rechtzeitig einzureichen und die Belege später nachzuliefern. Neben der Ermäßigung der Lohnsteuer im Wege nachträglicher Erstattung darf aber schließlich nicht die Möglichkeit vergessen werden, die Lohnsteuer für das folgende Jahr von vornherein zu ermäßigen. Diese vorherigen Ermäßigungen werden durch eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums sowie der Pauschätze für Werbungskosten und Sonderleistungen, und zwar ebenfalls nur auf Antrag, vorgenommen. Jedoch sind diese Erhöhungsanträge an keine Frist gebunden, sondern können jederzeit gestellt werden.

Die überfetzte Wirtschaft. Während der Inflation war es selbstverständlich, daß sich jeder, der eine „kaufmännische Ader“ in sich fühlte, dem Handelsgewerbe zuwandte, um an dem mühelosen Gewinn teilzuhaben, der allerdings oft nur eine scheinbare und rasch wieder verfliegende Reichtumsquelle war. Aber auch die danach machtvoll einsetzende Inflationskrise hat es noch nicht vermocht, die übergroße Zahl selbständiger Gewerbetreibender herabzusetzen. Nach den Feststellungen der Berliner Wirtschaftsberichte bestanden in der Reichshauptstadt handelsgerichtlich eingetragene Firmen:

|                             | Jahr | Ende 1913 | Ende 1924 | 30. Juni 1925 |
|-----------------------------|------|-----------|-----------|---------------|
| Anzahl                      |      | 31 622    | 59 638    | 61 723        |
| Zunahme in Proz. gegen 1913 |      | —         | 89        | 95            |

Noch stärker ist aber die Vermehrung der kleinen Detailhandelsfirmen und auch der Zweigbetriebe im Handwerk. Bei dem verringerten Umsatz ergibt sich zwangsläufig eine wesentliche Erhöhung der Geschäftskosten, die, auf den Verkaufspreis geschlagen, sich für den Verbraucher sehr ungünstig auswirken. Um zu gesünderen Geschäfts- und Preisverhältnissen zu kommen, muß ein ganz Teil dieser Geschäfte, wenn nicht anders dann durch die sicher eintretenden Konjunkturdellen ausgemerzt werden.

### Vom Ausland.

#### 13. Generalversammlung des amerikanischen Bruderverbandes.

Die 13. Generalversammlung des amerikanischen Bruderverbandes, des Brotherhood of Painters, Decorators and Paperhangers of America in Montreal (Canada), unterschied sich nach Zusammensetzung und Verlauf sehr wenig von den vorhergegangenen. Sie war ausserordentlich gut besucht, und zwar von nahezu 700 Delegierten, die, erfüllt von grossem Interesse für die behandelten Fragen, den Sitzungen bis zum Ende mit grösster Aufmerksamkeit folgten.

Der Bericht des Generalpräsidenten Kollegen Hedrick, der zum Schluss einstimmig gutgeheissen wurde, enthielt u. a. folgende interessante Tatsachen:

Der Lohn, der während der Kriegszeit bezahlt wurde, konnte auch in der Nachkriegszeit fast in allen Teilen des Landes aufrechterhalten werden. In einer Anzahl von Städten sind sogar Erhöhungen durchgesetzt worden.

Die für die Belegung der Bautätigkeit verausgabte Summe von 5 Milliarden 750 Millionen Dollar im Jahre 1924 wird für 1925 etwa 6 Milliarden Dollar betragen. Hierdurch ist natürlich auch eine Belebung des Malergewerbes herbeigeführt worden.

Die Mitgliederzahl des Verbandes, die im September 1921 schon 110 000 betrug, hat sich später bis auf 94 874 verringert, im Juni betrug sie aber bereits wieder 117 849.

Die Organisation unterhält 15 Organisatoren, die die Verbandsarbeit über das ganze Land hinweg leisten. Es hat sich als notwendig herausgestellt, die Zahl dieser Kollegen zu vermehren. Dem stimmte die Generalversammlung denn auch zu.

Ferner erwähnte der Generalpräsident die Delegation zur Internationalen Konferenz der Verbände des Malergewerbes in Dresden und zu der gleichzeitig dort stattgefundenen Generalversammlung des deutschen Verbandes.

Die Wahl der Generalsekretäre des Verbandes, die gewöhnlich die erste wichtige Handlung der Generalversammlung ist, verlief ohne jede Gegenströmung. Alle Beamten, vom Präsidenten und Schatzmeister bis zum 6. Vizepräsidenten wurden wiedergewählt. Nur im Falle des 1. Vizepräsidenten tauchte eine Gegenkandidatur auf, wahrscheinlich um damit die Zahl der mit den Kommunisten sympathisierenden Delegierten festzustellen. Bei der Abstimmung erhoben sich aber nur ganze 9 von nahezu 700 Delegierten.

Ein paar Kommunisten, die mit einer ganzen Anzahl von sehr radikal klingenden Resolutionen bewaffnet waren, hatten auch die Absicht, den Verband für die 3. Internationale einzufügen. Natürlich war dies nicht ausführbar; was sie erreichten, war jedoch, die ganze Generalversammlung so gegen sich einzunehmen, dass der Ausschluss der Kommunisten beschlossen wurde. Ein Beschluss, der unter normalen Verhältnissen jedenfalls gar nicht erwogen worden wäre.

Der Bericht des Verreters des amerikanischen Verbandes auf der Internationalen Konferenz, des Kollegen Zausner, der gedruckt vorlag, wurde von der Generalversammlung und den verschiedensten Delegierten mit besonderem Interesse entgegengenommen. Darauf kam folgende, den Anschluss der Organisation an das Internationale Sekretariat aussprechende Resolution einstimmig, unter grossem Beifall zur Annahme.

Die Generalverwaltung des Verbandes hat sich veranlasst gesehen, einen Vertreter unserer Bruderschaft zur Internationalen Konferenz der Verbände des Internationalen Sekretariats nach Dresden (Deutschland) zu entsenden. Da die Verhandlungen dieser Konferenz nach dem Bericht unseres Kollegen Zausner zeigen, dass es die Absicht der Berufsorganisationen des Malergewerbes aller Länder ist, das gegenseitige Verständnis und den Zusammenschluss zum Nutzen der Arbeiter unseres Berufs zu fördern, und da es der Wunsch des Internationalen Sekretariats der Maler ist, auch mit den Verbänden Amerikas in enge Verbindung zu treten, wird beantragt: möge die 13. Generalversammlung beschliessen, dass wir uns mit dem Internationalen Sekretariat der Maler vereinigen, um damit einen andauernden Austausch von Meinungen und Informationen herbeizuführen und gleichzeitig die Solidarität zu fördern zum Wohl und im Interesse der Kollegen unseres Gewerbes, wo sie auch arbeiten mögen.

Von den sehr zahlreichen Resolutionen, die von der Generalversammlung angenommen wurden, sei unter anderem ein Beschluss erwähnt, der die Organisation verpflichtet, die 5-Tagewoche in allen Teilen des Landes so bald wie möglich durchzusetzen.

Ferner nahm die Generalversammlung folgenden Vorschlag des Arbeiter-Gesundheits-Bureaus für ein nationales Gesundheits-Programm an.

Da durch den Gebrauch von giftigen Materialien, Staub und Giftgasen und durch gewisse Methoden der Arbeit die Gesundheit und das Leben unserer Mitglieder gefährdet wird, und da das Arbeiter-Gesundheits-Bureau, eine Fach- und Coöperative Gesundheits-Organisation, die Gefahren unseres Gewerbes studiert hat und jetzt Mittel und Wege empfiehlt, um die oben genannten Gefahren zu beseitigen, und da dieses ermöglicht werden kann durch Annahme von Gesundheitsverträgen mit unseren Arbeitgebern, sowie durch Annahme von staatlichen und nationalen Gesundheitsgesetz-Gesetzen und durch Erhaltung von medizinischen Kliniken die Berufskrankheiten behandeln sollen, und da es die Pflicht der Internationalen Bruderschaft der Maler usw. ist, zu versuchen, die Gesundheit ihrer Mitglieder zu erhalten und ihr Leben zu verlängern, wird beantragt, dass die versammelte Bruderschaft der Maler usw. die ihr bereits geleisteten Dienste des Arbeiter-Gesundheits-Bureaus voll und ganz anerkennt und beschliesst, dass wir diesem beitreten und die vorgeschlagenen Verträge von 50 Dollar, die für alle

In diesem Jahre ist die  
**53. Beitragswoche**  
zu kleben. Bücher, in denen dieser Beitrag fehlt, gehen zur Regelung an die betreffende Filiale zurück.

Internationalen Organisationen vorgesehen ist, bezahlen. Gleichzeitig wird die General-Executive verpflichtet, das Arbeiter-Gesundheits-Bureau zu beauftragen, ein nationales Gesundheits-Programm für alle Sectionen unserer verschiedenen Branchen auszuarbeiten, so dass wir durch gemeinsame praktische Vorschläge die Gefahren, mit denen die Gesundheit unserer Mitglieder bedroht wird, abzuschaffen in der Lage sind, zum Nutzen der Arbeiter unserer Organisation.

Eine Resolution, die die Errichtung eines Pensionsfonds für alte Mitglieder verlangt, wurde an die General-Executive verwiesen, mit dem Ersuchen, einen Plan auszuarbeiten und diesen später der Gesamtmemberschaft zur Annahme vorzulegen.

Eine andere Resolution, die eine Verschmelzung sämtlicher Bauhand-Organisationen befürwortete, ungefähr gleichlautend mit jener, die auf der Generalversammlung des deutschen Verbandes diskutiert wurde, wurde in Montreal von demselben Schicksal ereilt wie in Dresden.

Als ein wichtiger Schritt in der Stellung zur politischen Emancipation kann die Annahme einer Resolution angesehen werden, die erklärt, dass die Organisation auf dem Standpunkt der unabhängigen politischen Aktion steht.

Die Verhandlungen der Generalversammlung waren von grösster Sachlichkeit getragen und ihre Beschlüsse werden der Bruderschaft und damit auch den Organisationen aller Länder zum Vorteil gereichen.

### Fachtechnisches.

**Wettbewerb.** Die bekannte Firma Ferdinand Sichel, Kommanditgesellschaft, Hannover-Limmer, die Herstellerin des Sichel-Teers und Sichel-Meisters, hat, wie aus dem dieser Nummer beiliegenden Prospekt hervorgeht, einen Wettbewerb ausgeschrieben, der sicher das Interesse jedes Malers und Tapezierers erwecken wird. Wir empfehlen daher allen unsern Kollegen, den Prospekt zu beachten und sich recht zahlreich an dem Wettbewerb zu beteiligen.

**Isolierende Anstriche.** Bei Neuankstrichen und noch viel mehr bei Erneuerungsarbeiten stößt man sehr oft auf Schwierigkeiten. Entweder trocknet der neue Anstrich nicht, oder aber er verändert sein Aussehen, was besonders bei hellen Farbtönen in Erscheinung tritt. Fast immer ist in solchen Fällen die Ursache im Untergrund zu suchen. Teer, Öl, Fett, Anilin, Harze, Wachs, Karbolinum, Asphalt usw. werden, sobald sie in dem Untergrund in irgendeiner Form vorhanden sind, ihren zerstörenden Einfluss auf den neuen Anstrich ausüben.

Nachdem es der chemischen Industrie gelungen ist, den meisten Anilinfarben die Eigenschaft des Durchschlagens zu nehmen, sind es hauptsächlich Teer- und Karbolinumpräparate, die, wenn sie im Untergrund vorhanden sind, isoliert werden müssen. Während und noch lange nach dem Striche herrscht ein empfindlicher Mangel an Leinöl. Als Ersatz wurden Teerdestillate als Öle und Lacke in großem Umfange verwendet, die man heute am zweckmäßigsten durch Abbeizen wieder entfernt. Geleerte Flächen mit Oelfarbe zu streichen, ist beinahe unmöglich. Wenn es auch gelingt, durch eine Isolierschicht das Durchschlagen zu verhindern und einen trocknenden Öl- oder Lackfarbenastrich herzustellen, so kann man doch nicht die durch jeden Temperaturwechsel hervorgerufene Volumenänderung des Teers ausschalten, die sehr bald die Fläche zerreiht und unansehnlich macht. Bei Giebelanstrichen und bei Abflusshöhen kann man diese Beobachtung sehr oft machen. Anders ist es bei allen Anstrichen, bei denen Teerdestillate oder Karbolinum Verwendung finden. Hier ist eine Isolierschicht herzustellen, die keine Festanteile enthält, die lösend auf den Untergrund wirken und sehr schnell trocknen. Das einfachste und gebräuchlichste, aber nur bei Innenarbeiten zu empfehlende Mittel ist, mindestens zweimal mit Schellack zu streichen; eine mittelstarke Knochenleimlösung tut dieselben Dienste. Auch eine Mischung aus 70 Teilen Kopallack und 30 Teilen Terpentinöl kann Verwendung finden. Der Jägerische Kronengrund aber, der als freies Grundiermittel bekannt ist, kann als vorzügliches Isolierungsmittel dem Schellack mindestens gleichgestellt werden. Seine Verwendung ist einfach und es ist anzunehmen, daß er seiner guten Eigenschaften wegen in jedem Betrieb vorhanden ist.

Einige Anilinfarben, besonders rote, besitzen infolge ihrer Herkunft aus dem Steinkohlenteer auch zum Teil die unangenehmen Eigenschaften des Teers. Sie schlagen in den später erfolgenden Anstrichen durch und sind dadurch besonders störend. Das Durchschlagen kann man durch nochmaliges Ueberstreichen nicht verhindern, da die Anilinfarbe immer wieder durchkommt. Es hilft auch hier nur eine Isolierschicht, wie sie bei den vorhergehenden Anstrichen genannt wurde. Wo aber die Möglichkeit besteht, sollten anilinhaltige Anstriche abgelaugt werden, um so allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen. Sind bei Leinjarbeiten Anilinfarben verwendet, so werden diese, sobald sie nicht restlos entfernt sind, mit Sicherheit durchschlagen. In vielen Fällen wird selbst erst gründliches Streichen mit verdünnter Schwefelsäure das Uebel beseitigen können.

Bei Neuankstrichen schon im Gebrauch gewesener Maschinen und Motoren ist die Freisetzung aller Öle und Fette vom alten Anstrich notwendig, wenn man einen fachgemässen Anstrich herstellen will. Mit Benzol oder Benzin gereinigt, muß zur Sicherheit noch eine Isolierung mit Schellack oder Kronengrund erfolgen.

Submissionsblüte. Die Ausschreibung der Malerarbeiten für das Städtische Elektrizitätswerk in Oldenburg ein sonderbares Ergebnis gezeitigt. Die Arbeiten waren 5 Lose geteilt. Von 23 Firmen wurden Bewerbungen gereicht, 8 Betriebe hatten nur Teilangebote abgegeben, lassen hier nur die Angebote folgen, die auf alle 5 eingereicht worden sind. Es forderten:

|                                      |           |
|--------------------------------------|-----------|
| Siedlungs-Baugenossenschaft Eversten | 16 595,76 |
| Taben, Rüstingen                     | 16 095,86 |
| Tren                                 | 15 802,86 |
| Butler, Rüstingen                    | 14 963,74 |
| Buschmann                            | 14 326,72 |
| Jürgens                              | 13 560,28 |
| Teilen                               | 13 098,16 |
| Bauhütte „Zukunft“                   | 12 869,90 |
| Brandamp                             | 12 241,86 |
| Rüpper                               | 11 369,96 |
| Werns                                | 10 850,61 |
| Rippen                               | 10 144,06 |
| Fröhlich                             | 10 042,66 |
| Düfer & Kleinmann                    | 7 925,51  |
| Heitnüller                           | 6 063,84  |

Zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Angebot besteht eine Differenz von 10 532 M oder 173 %. Die bekannte Firma Heitnüller beschäftigt, die Arbeit mit Hilfe von Kleinmeistern und Lehrlingen fertigzustellen. Es wird zweckmäßig sein, diesem Herrn zur gegebenen Zeit bei der Ausführung auf die Finger zu sehen.

### Literarisches.

**Grundprobleme der Sozialversicherung.** Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht jeden in deutscher Sprache Schrift, betitelt „Grundprobleme der Sozialversicherung“, einer historischen Einleitung und einer Uebersicht über die Entwicklung der Sozialversicherung und der Staatsbürgerrechte in den verschiedenen Ländern behandelt die Schrift eine der im Vordergrund des Interesses stehenden Grundprobleme der Sozialversicherung. Je ein besonderer Abschnitt ist dem Versicherungsgebiet, den Leistungen, der Ausbringung der dem Verdienstsystem und der Organisation der Versicherungsträger gewidmet. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Wert der Bereinstellung oder organisatorischen Zusammenfassung der Sozialversicherung zugeben. Die Schrift ist 160 S. stark, auf gutem Papier gedruckt. Preis 2,40 M.

**Z. Persius: Menschen und Schiffe in der letzten Flotte.** Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, Bunden 3,75 M. Kapitän a. D. Persius, der von Tirpitz seinem Anhang wegen seiner rückhaltlosen Kritik befehligen Marinekritiker und tapfere Pazifist reist zu diesem „bieliebten“ Flotte des letzten Hohenzollern die herunter und zeigt dem kammenden Saen ihr wahres Gesicht. „Gute Beziehungen“ und hochstehende Namen spielen Eintrittskarten als Marineadelt bis zum freiwilligen erzwungenen Austritt eine aussergewöhnliche Rolle. erster Kritik stinkt oft ein feiner Humor durch die Sargen, und man begreift die Mut, mit der der Verfasser seinen ehemaligen Kameraden hecht wird. Das Buch aber auch manche Auffassung zu dem „heidenhaften“ über die „Dolchstoßhetzen“ im Münchener Prozeß geführt. Republikaner und Pazifisten werden trotz des „Wutgeheul“ Schwarz-Weiß-Noten für weitest Verbreitung sorgen.

**Martin Andersen Nerb: „Der Vortierische“** Verlag J. S. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, Ganzleinenkartoniert 1,10 M. Hier schreibt Andersen Nerb aus dem innerstem Mitleben, so kann nur der große, echte Dichter. Mit wie einfachen Mitteln formt er seinen „Schweben“, der jetzt mit Zeichnungen von Max Graef, Dieckhoff-Verlag erschienen ist. Er sagt es selbst in seinem Aufsatz im Dieckhoff-Verlag erschienenen Buch „Kinder der Zukunft“ daß ihn das Mitwissen und Mitleben an Freund und der Unterlasse zu diesen Schilderungen befähigt hat. habe meinen reichen Anteil an diesem Mitwissen bekommen und das ist meine Legitimation als Schriftsteller. Fähigkeiten sind überhaupt die der Unterlasse, sie sind auf herabgegangen und gehören ihr an. Es ist zu meiner kleineren gesagt worden, ich würde es nie fertig bringen, Proletariat abzuschütteln. Ich selbst aber fühle dies als Auserwählung.

**Betriebsführung.** Mitteilungen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk e. V. in Berlin 4. Jahrgang 1925. Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B. 12 S. 12 Hefte. Preis halbjährlich 4 M., Einzelheft 80 S. Lesart dieser monatlichen Zeitschrift bietet wertvolle und tüchtige Anregungen für Umgestaltung der Betriebe nach Erfordernissen der neueren Zeit.

### Briefkasten.

Fortgesetzt werden bei uns Bestellungen auf „Illustrierte Malerkalender“ aufgegeben. Wir sind darauf aufmerksam, daß der Verband in diesem Jahre keinen Kalender herausgegeben hat. Der „Illustrierte Deutsche Malerkalender“ von Guido (Nr. 47 des „Maler“) ist zum Preise von 3 M. vom Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2, „Illustrierter Malerkalender“ von Fr. W. (Nr. 48 des „Maler“) mit Anhang zum Preise 4,50 M. vom Verlag der „Leipziger Malerzeitung“, und Götzel in Leipzig, zu beziehen. Um die Kosten Nachnahmesendung zu ersparen, ist die Voreinsendung Betrages zu empfehlen. Alle Bestellungen sind nur an vorstehenden Verlage zu richten.

### Sterbetafel.

Dresden. (Zahlst. Schmiebeberg.) Am 15. November starb nach langer Krankheit unser Kollege Dr. Schaffer im Alter von 43 Jahren. — (Zahlst. Weinböck.) Am 19. November starb an Krebs und Lungenleiden unser langjähriges Mitglied Moritz Harzbecker im Alter von 62 Jahren. Ihre ihrem Andenken!

Vom 29. Nov. bis 5. Dez. ist die 49. Beitragswoche zu kleben.

### Abendkurse

für neue Holz- und Marmorarbeiten, auch Sonstiges erteilt **Friedr. Popp, Hamburg-Cppendorf, Regelhofstraße 27, Hochparf.**